Ziele der Sozialdemokratischen Kommunalpolitik.

Nachstehende Stichworte sind grundsätzliche kommunalpolitische Forderungen der SPD.:

Der Bevölkerung müssen durch Wort (Versammlungen, persönliche Agitation in den Betrieben usw.) und Schrift (Flugblätter, Handzettel usw.) diese Ziele der sozialdemokratischen Kommunalpolitik nahe gebracht werden.

Jeder sozialdemokratische Gemeindevertreter wird sich im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten für die Erreichung dieser Ziele einsetzen.

A 87-1783

I

Allgemeine Forderungen

Weitgehende Oeffentlichkeit für die Beratungen der Gemeindevertretungen und Ausschüsse.

Angemessene Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Gemeindevertreter.

Größtmögliche Dezentralisierung der Gemeindeverwaltung, insbesondere in den Großstädten.

Praktische Beteiligung der Gemeindebürger an der Gemeindeverwaltung.

Kommunalisierung der Polizei (Übernahme der Polizeilasten durch das Land);

„ der Arbeitsämter, Arbeitslosenversicherung in die Zuständigkeit der Selbstverwaltungskörper der Sozialversicherung.

„ der Straßenbaubehörden;

„ der Gewerbeaufsicht;

„ der Gesundheitsbehörden.

Leistungsprinzip, Beseitigung des Bildungsprivilegs für Gemeindebeamte und -angestellte (Förderung des Aufstiegs der Tüchtigen).

Entfernung aller nationalsozialistischer Elemente aus der Gemeindeverwaltung.

Ernährung, Landwirtschaft und Siedlungswesen

Planmäßige Bodenreform.

Planmäßige Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Schaffung leistungsfähiger selbständiger Bauernstellen und der landwirtschaftlichen Produktion. Ausgeschlossen hiervon sind:

Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Kirchen,
Versuchsgüter, Lehrgüter und Musterbetriebe.

Weitgehende örtliche Förderung der Landwirtschaft.
Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

Ausbau des ländlichen Berufs- und Fachschulwesens.

Schaffung von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Bauern und Landarbeiter.

Schaffung von Siedlungen für Landarbeiter und Flüchtlinge.

Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden.

Bereitstellung von Land zur Förderung des Kleingartenwesens.

Förderung des Obstbaues (Bepflanzung der Gemeindestraßen, Anstellung von Gemeindeobstbaumwärter).

Förderung der Kleintierzucht, insbesondere der Kaninchen-, Ziegen- und Bienenzucht.

Förderung der Werksküchen und Schaffung von gemeinnützigen Speiseanstalten für alle Schaffenden.

Förderung von Maßnahmen zur Sicherstellung und Erhaltung von Lebensmittelvorräten (Trocknungsanlagen für Gemüse und Kartoffeln, Lagerhäuser usw.).

Schulkinderspeisungen.

III

Wohnungsbau

Planmäßige Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen.

Reparaturkredite für Wohnungen.

Ausgleichsgemeinschaften (Genossenschaften, Körperschaften des öffentl. Rechts),
„ der Grundstückseigentümer,
„ der Mieter,
„ Hypothekengläubiger

zur Wiederherstellung der Wohnungen unter Ausschaltung wirtschaftlicher Vorteile für die Kreditnehmer.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Gerechte Verteilung des Wohnraums mit Bevorzugung der schaffenden Menschen.

Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden zur Bereitstellung von Baugelände für den Wohnungsbau.

Förderung des Realkredits.

Gesundheitsfürsorge

Ausbau der Säuglings- und Kinderfürsorge, Mütterberatung.

Schulgesundheitspflege (Schulärzte, Schulzahnpflege).

Sicherstellung der ärztlichen Versorgung für alle nichtversicherten Hilfsbedürftigen (Polikliniken, Vertragsärzte usw.).

Freibäder, Hallenbäder.

Kommunalisierung des Hebammenwesens und der Geburtshilfe.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Tuberkulosenberatung.

Kommunalisierung der Gesundheitsbehörden.

V

Wohlfahrtspflege

Beratung, Hilfe und Fürsorge für Hilfsbedürftige ohne Rücksicht auf politische und religiöse Überzeugung und Rasse der Hilfsbedürftigen.

Eheberatungsstellen.

Altersheime.

Waisenfürsorge.

Ledigenheime.

Ausreichende wirtschaftliche Fürsorge für Gebrechliche und Arbeitsunfähige.

Schaffung von Produktionsgenossenschaften für Körperbehinderte.

Hilfe für alle Kriegswitwen und Kriegswaisen.

Kommunale Friedhöfe und Feuerbestattungsanlagen.

Kommunalisierung des Bestattungswesens.

Weitgehende Förderung der Opfer des Faschismus.

Schulwesen und Volksbildung

Nachdrückliche Förderung des Volksschulwesens.

Lernmittelfreiheit.

Ausbau des Berufs-, Fach- und Wirtschaftsschulwesens.

Begabtenförderung und Erleichterung des Studiums an Hochschulen, Beseitigung des Bildungsprivilegs.

Ausbau der Volkshochschulen.

Volkstümliche Förderung des kulturellen Lebens in der Gemeinden.

Oeffentliche Büchereien.

Jugendpflege

Schulkinderspeisung.

Förderung der Kindergärten und Kinderhorte durch Gemeinden und Wohlfahrtsorganisationen.

Förderung der Leibesübungen (Sportplätze, öffentliche Badeanstalten).

Ferienwanderungen für Schulkinder.

Wanderheime für Jugendliche.

Freizeitgestaltung der Jugendlichen.

Jugendheime.

Soziale und pädagogische Betreuung der Jugendlichen durch Gemeinden und Wohlfahrtsorganisationen.

Wirtschaftliche Aufgaben

Weitgehende örtliche Förderung von
Handwerk,
Gewerbe
und Handel.

Kommunalisierung des Verkehrs (Straßenbahn, Autobuslinien).

Kommunalisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung.

Kommunale Schlacht- und Viehhöfe.

Überwachung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse.

Kommunale Planungsstellen für Wirtschaft und Verkehr.

Finanzen

Ziel: Allmähliche Herstellung der Finanzhoheit der Gemeinden im Rahmen staatlicher Gesetze.

Keine Ausgabe ohne Deckung.

Ausgleich des Gemeinde-Etats.

Hoheit der Gemeinden u. a. für folgende Steuern:

1. Grundsteuer mit dem Ziel der Erfassung der Grundrente;
2. Gewerbesteuer;
3. Wertzuwachssteuer;
4. Grunderwerbssteuer;
5. Vergnügungssteuer.

Beteiligung der Gemeinden an der Einkommens- und Lohnsteuer.

Ausgleich der Kriegslasten zwischen:

den beschädigten und unbeschädigten Gemeinden, den Provinzen und Ländern.

Finanzielle Förderung der Arbeiterwohnsitzgemeinden.

Archiv der sozialen Demokratie